



Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Christin Gmelch AfD**
vom 20.04.2026

Versorgungssicherheit bei Düngemitteln und landwirtschaftlichen Betriebsmitteln vor dem Hintergrund geopolitischer Krisen

Die Sicherstellung stabiler Lieferketten für landwirtschaftliche Betriebsmittel ist eine zentrale Voraussetzung für die Ernährungssicherheit. Vor dem Hintergrund zunehmender geopolitischer Risiken und bestehender Importabhängigkeiten besteht erhöhter Klärungsbedarf hinsichtlich der Vorsorge- und Krisenstrategien der Staatsregierung.

Die Staatsregierung wird gefragt:

1. Wie bewertet die Staatsregierung aktuell die Versorgungssicherheit und -stabilität im Freistaat Bayern mit Düngemitteln (Stickstoff, Phosphat, Kali)? 3
- 2.1 Aus welchen Herkunftsländern stammen die aktuell in Bayern verwendeten Düngemittel überwiegend? 3
- 2.2 Wie hat sich diese Struktur seit 2021 verändert (bitte nach Jahren aufschlüsseln)? 3
- 2.3 Wie hoch ist nach Kenntnis der Staatsregierung die Importabhängigkeit bei zentralen landwirtschaftlichen Betriebsmitteln (Düngemittel, Futtermittel, Pflanzenschutzmittel)? 3
- 3.1 Wie haben sich die Düngemittelpreise seit 2021 bis zum aktuellen Zeitpunkt entwickelt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)? 3
- 3.2 Wie bewertet die Staatsregierung die perspektivische Preisentwicklung für Düngemittel vor dem Hintergrund des andauernden Krieges in der Ukraine und der geopolitischen Spannungen im Nahen Osten? 4
- 3.3 Welche konkreten Unterstützungsmaßnahmen für landwirtschaftliche Betriebe sind geplant oder in Prüfung, um steigende Betriebsmittelkosten abzufedern und die regionale Lebensmittelversorgung stabil zu halten? 4
- 4.1 Welche Risiken sieht die Staatsregierung aktuell durch mögliche Störungen internationaler Transportwege (insbesondere maritimer Handelsrouten) im Hinblick auf die landwirtschaftliche Versorgung in Bayern? 5

4.2	Welche Szenarien liegen der Staatsregierung hinsichtlich weiterer geopolitischer Eskalationen und deren Auswirkungen auf die Versorgung mit landwirtschaftlichen Betriebsmitteln zugrunde?	5
5.1	Welche Maßnahmen hat die Staatsregierung bislang ergriffen, um die Versorgungssicherheit mit Dünge- und anderen Betriebsmitteln zu gewährleisten?	5
5.2	Welche Notfall- oder Krisenpläne gibt es für den Fall erheblicher Lieferausfälle oder Preisschocks?	5
5.3	In welcher Größenordnung werden strategische Reserven (z. B. bei Düngemitteln oder Vorprodukten) geprüft oder aufgebaut?	6
6.1	Welche Initiativen verfolgt die Staatsregierung zur Stärkung der heimischen bzw. europäischen Produktion von Düngemitteln?	6
6.2	Wie bewertet die Staatsregierung die Rolle energiepolitischer Rahmenbedingungen (z. B. Gaspreise) für die Wettbewerbsfähigkeit der Düngemittelproduktion?	6
6.3	Welche Maßnahmen werden ergriffen, um die Abhängigkeit von einzelnen Lieferländern zu reduzieren?	6
7.1	Welche Programme, Maßnahmen oder Forschungsprojekte zur Effizienzsteigerung beim Einsatz von Düngemitteln sind derzeit in Arbeit oder Prüfung (z. B. Präzisionslandwirtschaft)?	6
7.2	Welche strukturellen Maßnahmen werden ergriffen, um eine Reduktion der landwirtschaftlichen Produktion in Bayern infolge steigender Betriebsmittelkosten zu vermeiden?	7
8.1	Welche Auswirkungen erwartet die Staatsregierung aufgrund der weiter steigenden Preise für Düngemittel und andere Betriebsmittel auf die Lebensmittelpreise in Bayern?	7
8.2	Wie bewertet die Staatsregierung die mittel- und langfristigen Risiken für die regionale Ernährungssicherheit bei anhaltenden geopolitischen Spannungen?	8
8.3	Welche Maßnahmen sind vorgesehen, um mögliche Preissteigerungen für Verbraucher abzufedern?	8
	Hinweise des Landtagsamts	9

Antwort

des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus
vom 09.06.2026

1. Wie bewertet die Staatsregierung aktuell die Versorgungssicherheit und -stabilität im Freistaat Bayern mit Düngemitteln (Stickstoff, Phosphat, Kali)?

Aktuell ist die Versorgungssicherheit und -stabilität in Bayern bei den genannten Düngemitteln gegeben.

2.1 Aus welchen Herkunftsländern stammen die aktuell in Bayern verwendeten Düngemittel überwiegend?

Ein großer Teil der in Bayern eingesetzten Dünger sind organische Düngemittel und entstammen der heimischen Tierhaltung bzw. Biogaserzeugung. Mineralische Stickstoffdünger werden z. T. in Deutschland erzeugt, stammen aber auch aus Nordafrika (Ägypten, Algerien), Russland und Norwegen. Mineralische Phosphatdünger stammen primär aus Marokko, Russland, Tunesien, China und den USA. Bei Kalidüngern ist Deutschland autark.

2.2 Wie hat sich diese Struktur seit 2021 verändert (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Für Bayern existiert keine offizielle Statistik über die Herkunftsstruktur von Düngemitteln. Grundsätzlich kann gesagt werden, dass seit Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine und den damit verbundenen Sanktionen gegen Russland und Gaspreissteigerungen mineralische Stickstoffdünger vermehrt aus Nordafrika stammen.

2.3 Wie hoch ist nach Kenntnis der Staatsregierung die Importabhängigkeit bei zentralen landwirtschaftlichen Betriebsmitteln (Düngemittel, Futtermittel, Pflanzenschutzmittel)?

Bayern weist bei zentralen landwirtschaftlichen Produktionsmitteln eine hohe Importabhängigkeit auf, insbesondere bei Stickstoff- und Phosphatdüngern und eiweißreichen Futtermitteln (Sojaschrot). Auch bei Pflanzenschutzmitteln besteht eine Abhängigkeit von globalen Lieferketten für Wirkstoffe und Mittel.

3.1 Wie haben sich die Düngemittelpreise seit 2021 bis zum aktuellen Zeitpunkt entwickelt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Für Bayern liegen hierzu keine statistischen Daten vor. Die Daten in der folgenden Tabelle entstammen dem Statistischen Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 2025 des Bundesinformationszentrums Landwirtschaft (www.bmel-statistik.de¹). Aktuellere statistische Daten liegen nicht vor.

1 <https://www.bmel-statistik.de/archiv/statistisches-jahrbuch>

Tabelle 1: Durchschnittliche Einkaufspreise der Landwirtschaft für Düngemittel (in Euro je t Reinnährstoff)

	Wirtschaftsjahr				
	2020/2021	2021/2022	2022/2023	2023/2024	2024/2025
Stickstoff (N)	781,40	2.137,55	2.092,70	1.194,09	1.210,70
Phosphorsäure (P ₂ O ₅)	766,40	1.326,28	1.695,10	1.151,18	1.227,10
Kali (K ₂ O)	626,90	1.011,51	1.506,00	879,72	822,70

3.2 Wie bewertet die Staatsregierung die perspektivische Preisentwicklung für Düngemittel vor dem Hintergrund des andauernden Krieges in der Ukraine und der geopolitischen Spannungen im Nahen Osten?

Seit dem Beginn des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine haben sich die Preise für mineralische Stickstoffdünger auf einem höheren Niveau normalisiert. Aktuell stehen die Preise für mineralische Stickstoff- und Phosphatdünger wieder unter Druck, da die Blockade der Straße von Hormuz zu einem Anstieg der Weltmarktpreise für Flüssiggas führte und auch der Export von Harnstoff und Phosphatdünger aus der Golfregion eingeschränkt ist. Wie nachhaltig diese Preisanstiege sein werden, hängt von der Dauer des Konflikts im Persischen Golf ab.

3.3 Welche konkreten Unterstützungsmaßnahmen für landwirtschaftliche Betriebe sind geplant oder in Prüfung, um steigende Betriebsmittelkosten abzufedern und die regionale Lebensmittelversorgung stabil zu halten?

Durch die Freigabe eines Teils der nationalen Ölreserven hat der Bund bereits reagiert mit dem Ziel, den Preisdruck auf Rohöl und Kraftstoffe zu mindern. Die Bundesregierung hat darüber hinaus eine befristete Senkung der Energiesteuer auf Diesel und Benzin um jeweils 14,04 Cent netto pro Liter für die Monate Mai und Juni 2026 beschlossen. Gemeinsam mit der ab 2026 wieder gewährten vollen Agrardieselerstattung führt dies zu einer Entlastung landwirtschaftlicher Betriebe bei den Kraftstoffkosten.

Zur Liquiditätssicherung hat das Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) gemeinsam mit der Landwirtschaftlichen Rentenbank ein Programm für Liquiditätshilfen für landwirtschaftliche Betriebe aufgesetzt. Vorgesehen ist ein Programmvolumen in Höhe von 200 Mio. Euro. Betriebe sollen über verbilligte Darlehen kurzfristig Liquidität erhalten, um zusätzliche Belastungen durch höhere Kosten für Diesel und Dünger besser abfedern zu können.

Der Rat der Europäischen Union hat am 22.05.2026 eine Verordnung zur einjährigen Aussetzung von Zolltarifen auf wichtige stickstoffhaltige Düngemittel angenommen. Die Verordnung sieht eine einjährige Aussetzung der Zölle auf die wichtigsten stickstoffhaltigen Düngemittel vor, die in der landwirtschaftlichen Produktion in der EU verwendet werden, darunter Harnstoff und Ammoniak. So sollen die Kosten für die Landwirte und die Düngemittelindustrie in der EU gesenkt werden, indem ihnen nach Schätzungen der Europäischen Kommission Einfuhrzölle in Höhe von rund 60 Mio. Euro erspart bleiben. Damit sinkt auch die Abhängigkeit der EU von Düngemitteln aus Russland und Belarus und es wird dazu beigetragen, ein stärker diversifiziertes Handelsnetz in diesem Bereich aufzubauen.

Die Aussetzung der Zolltarife gilt nur für Produkte, die nicht bereits im Rahmen von Meistbegünstigungszöllen zollfrei eingeführt werden. Sie gilt nicht für Düngemittel mit Ursprung in Russland oder Belarus. Die Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt Europäischen Union in Kraft und gilt für ein Jahr.

Darüber hinaus wird auf den neuen EU-Aktionsplan zur Sicherung der Düngemittelversorgung und Ernährungssicherheit in Europa verwiesen.

Die Staatsregierung plant oder prüft derzeit keine über die genannten Maßnahmen hinausgehenden Unterstützungsmaßnahmen für landwirtschaftliche Betriebe.

4.1 Welche Risiken sieht die Staatsregierung aktuell durch mögliche Störungen internationaler Transportwege (insbesondere maritimer Handelsrouten) im Hinblick auf die landwirtschaftliche Versorgung in Bayern?

Die in der bayerischen Landwirtschaft verwendeten importierten Betriebsmittel, vor allem Düngemittel und Eiweißfuttermittel, werden per Schiffsfracht vor allem über das Mittelmeer, den Atlantik und die Nordsee transportiert. Diese Transportrouten werden als weniger anfällig für mögliche Störungen durch regionale Konflikte beurteilt. Waren aus Asien erreichen Europa häufig per Schiffsfracht über den Suezkanal, der für die Schifffahrt ein strategisches Nadelöhr darstellt. Störungen auf dieser Handelsroute können über den deutlich weiteren Seeweg um das Kap der Guten Hoffnung umgangen werden, was jedoch zu Verzögerungen bei Lieferungen aus dem asiatischen Raum und zu Preissteigerungen aufgrund höherer Transportkosten führen kann.

Mögliche Einschränkungen auf dem Seeweg über den Suezkanal werden jedoch keinen direkten Einfluss auf die landwirtschaftliche Versorgung in Bayern haben.

4.2 Welche Szenarien liegen der Staatsregierung hinsichtlich weiterer geopolitischer Eskalationen und deren Auswirkungen auf die Versorgung mit landwirtschaftlichen Betriebsmitteln zugrunde?

Keine.

5.1 Welche Maßnahmen hat die Staatsregierung bislang ergriffen, um die Versorgungssicherheit mit Dünge- und anderen Betriebsmitteln zu gewährleisten?

Bezogen auf den aktuellen Konflikt im Persischen Golf bestand bisher keine Notwendigkeit für ein Eingreifen der Staatsregierung, um die Versorgungssicherheit mit Dünge- und anderen Betriebsmitteln zu gewährleisten.

Auf den neuen EU-Aktionsplan zur Sicherung der Düngemittelversorgung und Ernährungssicherheit in Europa wird verwiesen.

5.2 Welche Notfall- oder Krisenpläne gibt es für den Fall erheblicher Lieferausfälle oder Preisschocks?

Keine.

5.3 In welcher Größenordnung werden strategische Reserven (z. B. bei Düngemitteln oder Vorprodukten) geprüft oder aufgebaut?

Die Staatsregierung sieht derzeit keine Notwendigkeit, entsprechende strategische Reserven aufzubauen, und hat hierzu auch keine Rechtsgrundlage.

6.1 Welche Initiativen verfolgt die Staatsregierung zur Stärkung der heimischen bzw. europäischen Produktion von Düngemitteln?

Die Stärkung der europäischen Produktion ist Aufgabe der europäischen Institutionen und wird von diesen bereits mit dem EU-Aktionsplan zur Sicherung der Düngemittelversorgung und Ernährungssicherheit in Europa vorangetrieben. Dieser sieht u. a. die Stärkung der heimischen Düngemittelproduktion zur Verringerung der Abhängigkeit Europas von Importen vor.

6.2 Wie bewertet die Staatsregierung die Rolle energiepolitischer Rahmenbedingungen (z. B. Gaspreise) für die Wettbewerbsfähigkeit der Düngemittelproduktion?

Für die Erzeugung von mineralischem Stickstoffdünger nach dem Haber-Bosch-Verfahren werden erhebliche Mengen an Energie benötigt (ungefähr 8 Megawattstunden Energie pro Tonne Ammoniak, basierend auf Methan als Wasserstoffquelle). Der Preis für Erdgas hat deshalb enormen Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit der Produktion von Ammoniak als Grundstoff für mineralische Stickstoffdünger. Dies ist der Grund dafür, dass die Ammoniaksynthese dort stattfindet, wo Erdgas als Energiequelle günstig zur Verfügung steht.

Dagegen ist der Energiebedarf für die Erzeugung von Phosphat- und Kalidünger (ca. 1 bis 3 Kilowattstunden je Tonne) weitaus geringer, womit auch energiepolitische Rahmenbedingungen einen deutlich geringeren Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit der Produktion dieser Düngemittel haben.

6.3 Welche Maßnahmen werden ergriffen, um die Abhängigkeit von einzelnen Lieferländern zu reduzieren?

Der Staatsregierung stehen keine Instrumente zur Verfügung, um in den Markt mit Düngemitteln einzugreifen. Siehe auch die Antwort zu Frage 6.1.

7.1 Welche Programme, Maßnahmen oder Forschungsprojekte zur Effizienzsteigerung beim Einsatz von Düngemitteln sind derzeit in Arbeit oder Prüfung (z. B. Präzisionslandwirtschaft)?

Über die Hälfte der in Bayern mit Düngemitteln ausgebrachten Nährstoffe stammen aus Wirtschaftsdüngern wie z. B. Gülle oder Gärrückständen aus Biogasanlagen. Maßnahmen zur verlustarmen und am Nährstoffbedarf der Pflanzen orientierten Ausbringung von Wirtschaftsdüngern sind daher der wichtigste Hebel zur Effizienzsteigerung. Die Düngeverordnung gibt deshalb mit der Pflicht zur emissionsarmen Ausbringung flüssiger Wirtschaftsdünger, der Pflicht zur sofortigen Einarbeitung sowie den Sperrfristen (Düngeverbot zu Zeiten mit hohem Verlustpotenzial, z. B. in den Herbst- und Wintermonaten) bereits sehr wirksame Maßnahmen zum effizienten Nährstoffeinsatz vor.

Über die gesetzlichen Vorgaben hinaus verfolgt das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus (StMELF) seit Jahren das Ziel, Nährstoffverluste zu reduzieren, die Düngeeffizienz zu erhöhen und präzisionslandwirtschaftliche Verfahren in der Praxis zu etablieren. Entsprechend werden kontinuierlich Programme, Maßnahmen und Forschungsprojekte umgesetzt, insbesondere in den Bereichen digitale Entscheidungsunterstützung, Nährstoffdiagnostik sowie teilflächenspezifische Bewirtschaftung. Viele Maßnahmen zur Effizienzsteigerung beim Düngemiteleinsatz sind heute bereits in der Praxis etabliert und basieren auf den Ergebnissen umfangreicher Forschungs- und Förderprogramme.

Die laufenden Forschungsarbeiten konzentrieren sich auf die Weiterentwicklung effizienter Verfahren der Wirtschaftsdüngernutzung, die präzise Nährstoffanalytik mittels moderner Sensorik sowie die Entwicklung digital unterstützter, ressourcenschonender Pflanzenbausysteme. Dazu zählen insbesondere Projekte zur Optimierung der Gülle-Verwertung und -ausbringung, zur Verbesserung der Nährstoffbestimmung in Wirtschaftsdüngern, zur Integration digitaler Technologien in Pflanzenbausysteme sowie zur Entwicklung trockenheitsangepasster und bodenschonender Ackerbaustrategien.

Im Rahmen der Förderung der Europäischen Innovationspartnerschaft im Bereich der Landwirtschaft (EIP-AGRI) wurden mehrere Projekte durchgeführt, die unmittelbar zur Effizienzsteigerung beim Düngemiteleinsatz beitragen, darunter Vorhaben zur Optimierung der Stickstoffeffizienz, zur Entwicklung alternativer Düngemittel sowie zur teilflächenspezifischen Düngung im Grünland. Ein laufendes EIP-AGRI-Projekt befasst sich zudem mit der ganzheitlichen Betrachtung und Korrelation von Bodennährstoffen, um die Stickstoffeffizienz weiter zu verbessern.

Über das Bayerische Sonderprogramm Landwirtschaft Digital (BaySL Digital) unterstützt das StMELF die Einführung digitaler Technologien im Pflanzenbau, die eine präzise, ressourcenschonende und verlustarme Düngerausbringung ermöglichen. Gefördert werden insbesondere NIR-Sensoren zur Bestimmung der Nährstoffgehalte in Wirtschaftsdüngern, N-Sensoren zur Erfassung der Stickstoffversorgung der Kulturpflanzen einschließlich teilflächenspezifischer Düngealgorithmen mit Steuerung der Düngerausbringmenge in Echtzeit sowie drohnengestützte Sensorik zur Bestandsanalyse.

7.2 Welche strukturellen Maßnahmen werden ergriffen, um eine Reduktion der landwirtschaftlichen Produktion in Bayern infolge steigender Betriebsmittelkosten zu vermeiden?

Derzeit deutet sich eine Reduktion der landwirtschaftlichen Produktion aufgrund gestiegener Betriebsmittelpreise nicht an. Der Staatsregierung stehen keine über das Fachrecht hinausgehenden Instrumente zur Verfügung, um Anbauentscheidungen von Landwirten zu beeinflussen.

8.1 Welche Auswirkungen erwartet die Staatsregierung aufgrund der weiter steigenden Preise für Düngemittel und andere Betriebsmittel auf die Lebensmittelpreise in Bayern?

Die Verbraucherpreise für Lebensmittel ergeben sich aus einem komplexen Zusammenspiel aus Angebot und Nachfrage auf unterschiedlichen Ebenen und Märkten. Diese werden auch von längerfristigen Verträgen, vom Verarbeitungsgrad und der internationalen Warenverfügbarkeit beeinflusst. Ein direkter Zusammenhang zwischen steigenden Betriebsmittelpreisen und Lebensmittelpreisen besteht nicht. Prognosen sind daher nicht möglich.

8.2 Wie bewertet die Staatsregierung die mittel- und langfristigen Risiken für die regionale Ernährungssicherheit bei anhaltenden geopolitischen Spannungen?

In einer globalisierten Welt sind Auswirkungen geopolitischer Spannungen auf Bayern nicht auszuschließen. Derzeit sieht die Staatsregierung die Ernährungssicherheit in Bayern gewährleistet.

8.3 Welche Maßnahmen sind vorgesehen, um mögliche Preissteigerungen für Verbraucher abzufedern?

Die Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher würde auch durch leicht steigende Lebensmittelpreise nicht übermäßig belastet. Daher sind Entlastungsmaßnahmen nicht angezeigt. Im Übrigen bestehen entsprechende Sozialsicherungssysteme.

Hinweise des Landtagsamts

Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers sowie der Staatsregierung.

Zur Vereinfachung der Lesbarkeit können Internetadressen verkürzt dargestellt sein. Die vollständige Internetadresse ist als Hyperlink hinterlegt und in der digitalen Version des Dokuments direkt aufrufbar. Zusätzlich ist diese als Fußnote vollständig dargestellt.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de/parlament/dokumente abrufbar.

Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de/aktuelles/sitzungen zur Verfügung.